



Das Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 21436F

Nr. 2 24. Jahrgang Mai 1980

ISRAELS SICHERHEIT GRUNDLAGE SEINER EXISTENZ

Die bedrohlichen Weltereignisse überstürzen sich von Jahr zu Jahr in größerem Ausmaße. Kein Winkel der Erde bleibt mehr unberührt von taktischen, strategischen und militärischen Schachzügen. Der langjährige zentrale Blickpunkt war Israel. Das scheint nicht mehr vordergründig zu sein. Mit Israel steht und fällt mehr als nur eine Region, mehr als nur ein Staat. Israel ist der Schlüssel in der Weltpolitik schlechthin. Und doch wird Israel, neuerdings zusammen mit Ägypten, immer mehr in die Isolation getrieben. Sein Todfeind, das Mördersyndikat P L O, das hundertprozentig von der Sowjetunion und seinen Satelliten unterstützt wird, gewinnt immer mehr an wohlwollender Betrachtung und an staatlicher und städtischer Legitimation in der westlichen Welt. Die Zahl der Feiglinge, die zwischen den gegensätzlichen Polen zu lavieren versuchen, nimmt zu.

Das Reichsbanner, die Juden und Israel.

Die Haltung des Reichsbanners zu den Juden war von Anfang an, von der Gründung an, eindeutig. Im ersten Aufruf des Reichsbanners — veröffentlicht in der Reichsbannerzeitung Nr. 1 vom 15. April 1924 — stand nach dem Wortlaut

„Dem nationalistischen und bolschewistischen Demagogentum wird der Bund mit allen Mitteln ... entgegnetreten“

das klare Bekenntnis, daß

„der blöde Antisemitismus mit aller Härte bekämpft wird.“

Zahlreiche bekannte jüdische Persönlichkeiten standen in den Reihen des Reichsbanners im Kampf um den Bestand der Republik. Die Haltung des Reichsbanners zum jüdischen Staat kann heute gar nicht anders sein, als dem Geist des Vermächnisses aus der Weimarer Zeit zu entsprechen.

Als in den Sommermonaten 1969 die Vorgängerin der PLO, die „El Fatah“, zusammen mit dem „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ an den Universitäten in Hamburg und Frankfurt terroristische Aktionen durchführte und die Straßen beherrschte mit dem Schreien nach der Vernichtung Israels, gab der Bundesvorstand des Reichsbanners eine geharnischte Erklärung ab, die in vielen Presseorganen besonders herausgestellt wurde. Darin hieß es u.a.:

„Maßgebende Einpeitscher der „El Fatah“ waren einst Hitlers Helfershelfer im arabischen Raum ... Die Angehörigen der „El Fatah“, einer auslän-

dischen Untergrund- und Terrororganisation, müssen aus der Bundesrepublik ausgewiesen werden. Die Duldung ihres offenen terroristischen Auftretens in der Bundesrepublik schadet unserem Staat nicht nur in der Weltöffentlichkeit, sondern läßt die Menschen in der Bundesrepublik auch an dem Willen zur Selbsterhaltung unserer Demokratie zweifeln.“

Während des Überfallkrieges gegen Israel 1973 gab die Presse einen eindeutigen Aufruf des Offenbacher Reichsbanners wieder:

„Entweder man bekennt sich offen für das Lebensrecht und die Sicherheit des Staates Israel oder man ist sein Feind. Was dazwischen liegt, ist Halbheit, ist Heuchelei! Nur ein riesiges Gebiet mit Wüstensand und Pufferzonen verhinderte, daß die Israelis bei dem arabischen Überfall ins Meer getrieben wurden, wie das schon vor 6 Jahren die arabischen Fanatiker mit hysterischem Geschrei ankündigten.Wir rufen deshalb zu einer ehrlichen Solidarität mit Israel auf. Wir begrüßen den Aufruf der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.“

Aber im Verlaufe der Jahre bis zum heutigen Tag hat sich die politische Situation für Israel ungünstig verlagert, obwohl der stärkste militärische Gegner Israels aus den Zeiten der kriegerischen Auseinandersetzungen, Ägypten, den Weg des Ausgleichs und der Friedenssicherung beschritten hat. Aber gerade diese Chance, im Nahen Osten zu stabilen und friedlicheren Verhältnissen zu kommen, ist der Sowjetunion ein Dorn im Auge. Ihr Hauptinteresse ist die immerwährende Unruhe im Nahen Osten bis zur Beseitigung Israels. Dieser Staat steht der möglichen Beherrschung dieser Region durch die Sowjetunion im Wege. Bei der Gründung des Staates Israel hatte auch die Sowjetunion Pate gestanden, aber ihre damaligen Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Nun ist seit Jahrzehnten die PLO mit Arafat an der Spitze der lange Arm der Sowjetunion und ihres KGB. Die Angst europäischer Staaten vor dieser geballten Macht, vor Meuchelmördern und auch ganz banal vor dem Ausbleiben des Ölstromes sind schlimme Nachteile für Israel. Wir können deshalb nur begrüßen, daß die Deutsch-Israelische Gesellschaft in Großanzeigen in deutschen Tageszeitungen eine Solidaritätsadresse veröffentlicht hat, in der es u.a. heißt:

„Der Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn ist auch unsere Sache. Er erfordert die Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und Unabhängigkeit eines jeden Staates im Nahen Osten und das Recht, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen und Gewalt leben zu können. Dieses Recht muß auch Israel garantiert werden! ...Es gibt uns Anlaß, erneut unsere tatkräftige Unterstützung für den Frieden und unsere Solidarität mit Israel und Ägypten hervorzuheben!“

Diese notwendige Erklärung vom März 1980 ist von über hundert einflußreichen Persönlichkeiten, vor allem Politikern, unterzeichnet: Mehrere Ministerpräsidenten der Länder, Bundestagsabgeordnete aller Parteien, Walter Hesselbach und Dr. Ernst Benda, Richard Stücklen und Annemarie Renger, Herbert Wehner und Franz Josef Strauß, Dr. Marion Gräfin von Dönhoff und Axel Springer, Siegfried Lenz und Dr. Willi Weyer und 100 andere — **nur Namen aus der Bundesregierung fehlen!**

Deutschland und Israel

Dem Fehlen der Namen aus der Bundesregierung kommt eine besondere Bedeutung zu. Vor wem müssen wir als Staat zu Kreuze kriechen? In der Bundesrepublik galt im Verhältnis zu Israel der Tenor, Deutschland habe eine besondere Pflicht gegenüber diesem jüdischen Staat aus seiner schrecklichen Vergangenheit heraus. Dieser Begriff der „besonderen Verpflichtung“ war mir schon immer zuwider, denn er würde in der Relation bedeuten, daß wir ganz andere Seiten aufziehen müßten, wenn diese furchtbare deutsche Schuld nicht abzutragen wäre. Eine schlimme Sache, wenn man nur aus dem Schuldgefühl heraus bereit ist, Israel zu unterstützen, wenn der Wille abhanden gekommen ist, allein schon als Verfechter einer demokratischen und rechtsstaatlichen Regierungsform die Freiheit und den Frieden des jüdischen Staates Israel sichern zu helfen.

Es galt einmal in der Bundesrepublik für außerordentlich wichtig, durch ein positives Verhältnis zu dem Staate Israel in der „Weltöffentlichkeit“ einen guten Eindruck zu machen. Heute hat sich der Begriff „Weltöffentlichkeit“ in seinem Inhalt gewandelt; er steht unübersehbar unter der Fuchtel kommunistischer Einflußnahmen. Ein gutes Ansehen in dieser „Weltöffentlichkeit“ ist heute durchaus nicht mehr identisch mit der wohlwollenden Solidarität zu Israel. Eher umgekehrt. Seit der Terrorchef Arafat bewaffnet in der UNO-Versammlung erschien und von der großen Mehrheit mit frenetischem Jubel begrüßt wurde, ist es klar, vor welcher „Weltöffentlichkeit“ heute Verbeugungen erwünscht sind. Erst kürzlich, am 11. Februar 1980, hat Yassir Arafat in einem Interview mit der venezolanischen Zeitung „El Mundo“ bekannt: **„Frieden bedeutet für uns die Zerstörung Israels!“**

Wie daraus manche Politiker entnehmen können, er wolle das Existenzrecht Israels respektieren, ist schleierhaft. Was soll denn mit solcher Verdummung bezweckt werden? Nach wie vor „kämpfen“ Arafats Terroristen gegen Kinder, Babys und gegen unbewaffnete Schüler aus dem Hinterhalt und rühmen

sich noch ob solcher „Heldentaten“. Wir können nur begrüßen, daß die Bundestagsvizepräsidentin Frau Annemarie Renger mehrfach, zuletzt in der Zeitung „Einheit“ der IG Bergbau, unzweideutig Stellung bezogen hat: Die PLO sei diejenige Organisation, die **„in anderthalb Jahrzehnten am meisten zur Untergrabung des Völkerrechts und der internationalen Regeln der Humanität beigetragen hat.“** Zivilistenmorde, Flugzeugentführungen und Geiselnahmen seien von der PLO angewandt worden und hätten überall in der Welt Nachahmung gefunden. Frau Renger: **„Wir hätten ein schlechtes Gedächtnis und müßten ein noch schlechteres Gewissen haben, wenn wir das vergessen würden.“** In der gleichen Zeitung finden wir ebenso deutliche Worte des DGB-Vorstandsmitgliedes Gerhard Schmidt. Das ist aber nicht die Regel in der deutschen Medienlandschaft. In Bonn hat die PLO ein offizielles Büro. Abdullah Franghi, der PLO-Vertreter, der geduldig auf seinen Diplomatenstatus wartet, ist ein gern befragter „Experte“ auf unseren Bildschirmen. Der Vertreter der Geiselmörder von der Olympiade in München, der Flugzeugentführer und Erpresser der Bundesrepublik, sitzt also wohlbehütet in Bonn und macht dort seine Honneurs. Frech droht er deutschen Politikern, die sich besonders für die Sicherheit Israels engagierten, mit „Maßnahmen“. Der Saarländische Rundfunk gab ihm die Möglichkeit zu dieser öffentlichen Propagandaschau!

In Großbritannien versuchte die als extrem links geltende englische Schauspielerin Vanessa Redgrave auf der Jahresversammlung der britischen Schauspielergewerkschaft „Equity“ einen Boykott des Staates Israel zu erreichen. Der Antrag wurde nur ganz knapp mit 90 zu 86 Stimmen zurückgewiesen. Die ständigen Verbeugungen des offiziellen Frankreich vor den Feinden des jüdischen Staates haben die bekannte Pariser Zeitung „Le Monde“ zu der Feststellung veranlaßt, Paris habe seine Würde verkauft und Israel theoretisch zum Tode verurteilt. Der Vertreter der brutalen Geiselnahmer und Mörder bei der OPEC-Tagung in Wien und der Erpresser des Österreichischen Staates hat daselbst nun einen wohlbestallten Diplomatenstatus.

Als einer der wichtigsten Protektoren der PLO, der kommunistische Diktator Tito, unter ehrlichem bis zu heuchlerischem Wehklagen fast der gesamten Weltprominenz zu Grabe getragen wurde, verabschiedete sich Yassir Arafat am Sarge mit dem militärischen Gruße eines Waffenbruders. Von der Abwesenheit des Staates Israel hat die Weltpresse erst gar nicht Notiz genommen.

Vom Antisemitismus zum Antizionismus

Der Begriff POGROM ist nicht von ungefähr russischen Ursprungs. Die vernichtenden Verfolgungen von Juden, POGROM genannt, waren besonders in Rußland und in Polen im vorigen Jahrhundert an der Tagesordnung. Stalins antisemitische Mentalität war bekannt. Aber erst die nazistische Ideologie brachte voll den **rassistischen** Verfolgungsbegriff zur Wirkung. Die entsetzliche Zielsetzung der Hitler, Himmler, Streicher und ihrer Trabanten, die „ENDLÖSUNG“, die totale Vernichtung der Juden, hat das deutsche Volk über Generationen hinaus schwer

belastet. Ganz andere haben nun die „ENDLÖSUNG“ auf ihre Fahnen geschrieben. Das seit Jahren tönende Geschrei mit der Forderung der Vernichtung des jüdischen Staates, der Austreibung der Juden ins Meer, hat nicht nur das Wohlwollen und die militante und politische Unterstützung des kommunistischen Rußland und seiner Trabanten, sondern auch eine neue Begründung gefunden. **Aus der Nazi-Ideologie des rassistischen Antisemitismus ist die kommunistische Ideologie des Antizionismus geworden.** Unter dem wachsenden Druck des sowjetischen Lagers und der PLO versuchen manche Staaten in der Frage des jüdischen Staates das neutralistische Ufer zu erreichen. Andere „Öl-Bedürftige“ und Furchtsame weichen auf die Zuschauertribüne aus. Das Deutschland der DDR steht sowieso schon regierungsoffiziell auf der Seite des Antizionismus. Kein Wunder also, daß unter diesem internationalen Schirm auch in der Bundesrepublik ein latenter Antisemitismus wieder sichtbar wird. Zu gleicher Zeit offenbart sich hier in der Judenfrage der schizophrene Zustand der Kommunisten und ihrer Mitläufer. Einerseits versuchen sie, die Naziverbrechen an den Juden für sich politisch auszuschlachten und sich als

die Anti-Nazis und als Judenbeschützer von jeher auszugeben, andererseits aber die potentiellen Vernichter des jüdischen Staates Israel konsequent zu unterstützen. Die häßliche Fratze des Antisemitismus stört auch die „Neue Linke“ nicht, wenn sie ihrer revolutionären Nützlichkeit dient. Sie schert die Kommunisten nicht, wenn sie dem Sieg der Sowjetunion im Nahen Osten und überhaupt dem Endsieg dient. Auf etwas mehr oder weniger Antisemitismus à la Antizionismus kommt es dabei nicht an, die „neue Endlösung“ eingeschlossen.

In dieser immer bedrohlicher werdenden Phase der Geschichte dürfen wir nicht schweigend zusehen, weder aus Gleichgültigkeit noch aus politischem Opportunismus.

Wir dürfen nicht aus dem Bedürfnis zur Ruhe und Bequemlichkeit heraus hinwegsehen, wenn Israel mehr und mehr alleingelassen wird. Das deutsche Volk kann nicht durch Wegtauchen Frieden und Sicherheit finden, noch sich aus der Geschichte davonstehlen.

Erst die Sicherheit Israels ist ein Meilenstein zum Frieden!

ROBERT BECKER, Offenbach/M.

Das sagte ein Gewerkschafter

Solange die PLO der Stoßtrupp einer von Haß und Vernichtungswillen getragenen Ablehnungsfront gegen Israel bleibt, solange dürfen wir nicht schweigend zusehen, wie aus Gleichgültigkeit, Ignoranz und politischem Opportunismus Israel mehr und mehr alleingelassen wird.

*
Der PLO kann und darf kein wie auch immer gearteter Status in der Bundesrepublik Deutschland zugestanden werden, solange die PLO, nicht an Ver-

handlungen mit Israel zur Befriedung des Konflikts interessiert ist.

Kontakte und Gespräche oder gar Verhandlungen mit der PLO dürfen von humanistisch und verantwortlich denkenden Politikern nur dann wahrgenommen werden, wenn es unmißverständliche Absagen der PLO von Gewalt, Terror und Vernichtung Israels gibt.

*
Wir glauben, daß es PLO-Vertretern derzeit nicht darauf

ankommt, ihre Standpunkte darzulegen, sondern ihre Aufwertung zu erreichen, um noch unnachsichtiger auf der internationalen Ebene gegen Israel agieren zu können, um zu einer für die PLO politisch günstiger wirkenden Verunsicherung über ihre wahren Absichten, nämlich die Zerstörung Israels, zu führen.

DGB-Vorstandsmitglied Gerhard Schmidt in der Zeitung „Einheit“, dem Organ der IG Bergbau und Energie

BREMEN — EIN WARNZEICHEN

Die gewalttätigen Unruhen, die sich unlängst in Bremen abgespielt haben — gegen die Bundeswehr, gegen den Bundespräsidenten, gegen Bürgermeister und Senat der Freien Hansestadt — sollten von allen demokratischen Parteien ernst genommen werden. Es handelte sich hierbei um den zweifellos von Moskau gelenkten Versuch, die demokratische Ordnung anzuschlagen, den Staat als hilflos hinzustellen und die Bürger einzuschüchtern, und vor allem darum — die Bundesrepublik ihrer Verteidigungskraft zu berauben. Das aber bedeutet den ernstesten Versuch, ganz Deutschland zu einem Satellitenstaat zu machen.

Daß die „DDR“ für die Sowjetunion nur ein „Brückenkopf“ ist, von dem aus die Unterwerfung ganz Deutschlands — dann ganz Westeuropas — ausgehen soll, kann nicht bezweifelt werden. Der sowjetische Imperialismus kennt als Grenze nur die wahren Grenzen der Natur ...

Die Bundeswehr ist eine Streitmacht des ganzen deutschen Volkes, geschaffen durch demokratische Gesetzgebung, bejaht und getragen von allen demokratischen Parteien. Sie steht unter der politischen Gewalt und letzten Endes unter internationalem, nämlich dem NATO-Kommando. Sie anzugreifen bedeutet: einen Angriff zu führen gegen die Sicherheit und Freiheit des deutschen Volkes — abgesehen von der Niedertracht, die jungen Soldaten, die ihre Pflicht erfüllen, zu bedrohen und zu beleidigen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bekennt sich als überparteiischer Verband aktiver Demokraten zu den Streitkräften unseres freiheitlichen Rechtsstaates und erwartet, daß mit allen Mitteln ähnliche Angriffe künftig verhindert werden.

HUBERTUS PRINZ ZU LÖWENSTEIN

DAS REICHSBANNER – GEMEINSAME GRUNDLAGE ALLER DEMOKRATEN

„Keine Mauer, kein Stacheldraht – vollkommene Meinungsfreiheit im ganzen Land in Wort und Schrift, und Wahlkämpfe in zivilisierten Formen, ohne tierischen Ernst. Welch beneidenswertes, nachahmungswürdiges Vorbild . . .“

So schrieb ich unlängst in der Österreich-Beilage der WELT über unser Nachbarland. Dort gibt es auch in allen wichtigen Fragen eine Übereinstimmung zwischen allen Demokraten. Ob die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) oder die Österreichische Volkspartei (ÖVP) die Regierung bildeten – alle Gesetze wurden in den letzten Jahrzehnten zu 95 Prozent **g e m e i n s a m** angenommen. Das sagte mir Bundeskanzler Dr. Bruno **Kreisky**, der sich daran erinnert, daß ich als Mitglied des Zentrums im Oktober 1932 einer sozialistischen Versammlung in Wien die Grüße der Berliner Reichsbannerjugend überbrachte. Überhaupt ist in Österreich das Reichsbanner, das eng mit dem Österreichischen Schutzbund zusammenarbeitete, in lebendiger Erinnerung.

Aber was hat das alles mit uns heute in der Bundesrepublik Deutschland zu tun? Ich meine – sehr viel. Denn ein Wahlkampf steht uns bevor, der die Gefahr einer für die Demokratie bedrohlichen „Polarisierung“ mit sich bringen könnte. Nicht daß die Parteiunterschiede ausgelöscht werden sollten. Ein freies Mehrparteiensystem ist für eine Demokratie selbstverständliche Voraussetzung. Regierung und Opposition: Darauf beruht das parlamentarische System, das wir nach den verruchten Jahren des Einparteien-Zwangsstaates zurückgewonnen haben und das wir mit Zähnen und Klauen verteidigen müssen. Aber verteidigen gegen **w e n**? Nicht gegen uns selber, soweit wir es mit demokratischen Parteien zu tun haben, sondern gegen die Gefahr, die uns alle angeht: einer neuen Unterdrückung aller Freiheit –

wobei wir dann in den gemeinsamen KZ's darüber werden nachdenken können, ob wir nicht besser gemeinsam die Demokratie verteidigt hätten.

H i e r – genau **h i e r** liegt die integrierende Aufgabe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Ohne den eigenen Standpunkt aufzugeben, könnten und sollten sich Mitglieder oder Wähler aller demokratischen Parteien im Reichsbanner zusammenfinden – erfüllt vom gleichen republikanischen Bekenntnis zu Freiheit und Menschenwürde – zu gemeinsamen, menschlichen Kontakten, zu Aussprachen, zu Beratungen, wie man die Republik vor neuen Gefahren schützen könnte. Wie in der Weimarer Republik besteht ja auch heute wieder ein „Konsensus“ der Feinde der Demokratie – der keineswegs verschwundenen Alt-Nazis der verschiedensten Richtungen mit den Kommunisten und ihren, wenn auch oftmals getarnten, Gefolgsleuten.

Wenn Bundespräsident Karl **Carstens** unlängst zu mir sagte – „Das Reichsbanner“ hat darüber bereits berichtet – daß es das Reichsbanner war, das noch als allerletzter freiheitlicher Verband gegen die Nazis kämpfte, so konnte es dies tun, weil in ihm das demokratisch-republikanische Bekenntnis aller verfassungstreuen Parteien eine lebendige Wirklichkeit war.

Im Herbst – nach den Bundestagswahlen – wird in Bonn eine große Reichsbanner-Veranstaltung stattfinden, zu der alle Bundestagsabgeordneten eingeladen werden. So sollte zur Sicherung der gemeinsamen Plattform schon **w ä h r e n d** des Wahlkampfes das österreichische Beispiel uns allen vor Augen stehen – „zivilisierte Formen, ohne tierischen Ernst“ – bewußt der gemeinsamen Aufgabe, die hart errungene Freiheit zu verteidigen.

HUBERTUS PRINZ ZU LÖWENSTEIN

DER 17. JUNI 1953

In unseren Tagen wird von vielen Bürgern so getan, als ginge es im politischen Kampf ausschließlich um Materielles und Finanzielles im Leben, um bessere Arbeitsbedingungen und kürzere Arbeitszeit. Diejenigen jungen Menschen, die aus diesem Grunde gegen alles und jedes protestieren und dabei die Arbeitnehmer als Zielgruppe und Hilfstuppe ansprechen, wissen nichts davon, oder wollen nicht wissen, was sich am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und in vielen Orten der damaligen und de facto noch heutigen Sowjetischen Besatzungszone ereignete.

Im „Arbeiter- und Bauernstaat“ sahen sich Arbeiter auf den Baustellen der Stalin-Allee in der „Hauptstadt der Republik“ trotz Streikverbot veranlaßt, gegen Arbeitsnormendruck (Akkordarbeit) und überlange Arbeitszeiten zu protestieren und zu demonstrieren. Das in weiten Gebieten der mitteldeutschen Länder eine „revolutionäre Situation“ entstanden war, zeigte das Überspringen des Funkens der Protest- und Streikbewegung von Ost-Berlin auf andere Gebiete wie die Leuna-Werke u.s.w. Da im Kommunismus Streik verboten ist und nach Marx die Gewalt die Hebamme der Geschichte ist, war es nur folgerichtig, daß sowjetische Panzer das Mittel des Klassenkampfes, den Streik, niederwalzten. Die Toten

zählten nicht, da sie zu Konterrevolutionären gestempelt wurden, was bedeutet, daß sie trotz aller Berechtigung ihrer Forderungen als Freiwild galten. Aussperrung gibt es im Kommunismus nicht, dafür Einsperren, und zwar alle, die sich mit den Protestierenden und Demonstrierenden solidarisierten.

In Anbetracht der langen Zeit von siebenundzwanzig Jahren, die seit der Erhebung der Arbeiter in Ost-Berlin vergangen sind, ist es kein Wunder, daß jene jungen Menschen, die heute in der Bundesrepublik Deutschland für all das protestieren, demonstrieren und demolieren, wofür die Arbeiter in Ost-Berlin und in den mitteldeutschen Ländern kämpften, keine Ahnung davon haben, was die so viel beschworenen Arbeiter in der heutigen „sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik“ wagten, erlitten und verloren. Arbeiter-Bewegung, Arbeiterklasse und demokratische Gesellschaft sind durch den Ausgang der Ereignisse des 17. Juni 1953 in die Gefahr geraten, daß in ihren Namen in Theorie und Praxis in aller Welt eine Richtung der Entwicklung eingeschlagen wird, an deren Ende noch viel Schlimmeres steht, als das, was die Menschen aller Völker derzeit beunruhigt.

FRANZ HRON, Bad Vilbel

AUFSTAND DES GEWISSENS

20. JULI 1944

In unseren Tagen wird ständig von Widerstand und Gewissen geredet und geschrieben. In der Regel handelt es sich dabei um den Widerstand gegen die freiheitlich-parlamentarische Demokratie und gegen die Bundesrepublik. Auch vom Gewissen ist immer wieder die Rede, und zwar meist dann, wenn es um die Schwächung der Verteidigungskraft der Freiheit und der Bundesrepublik geht. Deklarieren wird der Widerstand als ein solcher gegen den „Faschismus“. Wer Faschist ist, bestimmten die „Widerständler“ von der Qualität der K-Gruppen. Gerade in der Zeit um den 20. Juli wird bewußt, von welchem geringem Wert ein erheblicher Teil des im Prinzip so wichtigen und richtigen Kampfes gegen Nazismus und Neonazismus ist. Es ist das Ignorieren des heroischen Widerstandskampfes vor, am und nach dem 20. Juli 1944 gegen Hitler und des Beispiels, welches die Männer des 20. Juli 1944 durch ihre Tat und durch ihre Haltung gaben, welches jeden Demokraten erschrecken muß.

Nur wer die Männer des 20. Juli 1944 als geschichtliche Zeugen des deutschen Widerstandes gegen Hitler ehrt und deren Vermächtnis an die nachfolgenden Generationen weitervermittelt, darf als wirklicher Demokrat und Bewahrer des Freiheitswillens vor Diktatoren und Diktaturen gelten. Wer Männer wie Graf Stauffenberg, Oberbürgermeister Goerdeler, Pastor Bonhoeffer, die Reichsbannerleute

LEIDENSCHAFT DES GEWISSENS

Theodor Haubach zum Gedächtnis

Am 23. Januar jährte sich zum fünfunddreißigsten Male der Tag, an dem Dr. Theodor Haubach sein Leben für die Freiheit lassen mußte. An schweren Gallenkoliken leidend, wurde er auf einer Bahre zum Hinrichtungsschuppen der Berliner Straf-anstalt Plötzensee gebracht und von Hitlers Schergen gehenkt.

In Frankfurt a.M. am 15. September 1896 geboren, zog Theodor Haubach als Abiturient in den Ersten Weltkrieg, wurde als Frontoffizier mehrmals verwundet und mit hohen Auszeichnungen bedacht. Nach dem Krieg studierte er Philosophie und Jura und promovierte mit einem kunstphilosophischen Thema. Seine literarischen Interessen führten ihn mit seinem Freund und Schulkameraden Carlo Mierendorff in den Kreis der Darmstädter „Dachstube“, zu dem auch Kasimir Edschmid, Henry Goverts, Max Krell, Wilhelm Merck, Wolfgang Petzet, Hans Schiebelhuth, Fritz Usinger gehörten. In den von Joseph Würth gedruckten Schriften der „Dachstube“ erschienen Haubachs erste literarische Arbeiten. Als Mitarbeiter der von Carlo Mierendorff herausgegebenen Revolutionszeitschrift „Die Tribüne“ beteiligte er sich an der Abfassung und Unterzeichnung jenes denkwürdigen „Aufrufes an die französische Jugend“, die zu einer europäischen Gemeinschaft aufforderte. Nach dem Studium kam Theodor Haubach 1923 als junger Sozialist nach Hamburg, arbeitete dort zunächst am Institut für Außenpolitik, ging ein Jahr später als außenpolitischer Redakteur an das „Hamburger Echo“ und wurde Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. 1929 holte ihn Carl Severing als Pressesprecher ins Reichsinnenministerium. Von 1930 bis 1933 war er Pressechef des Berliner Polizeipräsidiums. Theodor Haubach war ein inspiratorisches Talent von besonderen Graden, ein mutiger Rufer im Kampf um eine Reorganisation der Politik und des Parteilebens der deutschen Sozialdemokratie. Bürokratische Engherzigkeit und stures Festhalten an überlebten und ausgedorrten Ideologien waren ihm ebenso zuwider wie parteipfäffische Arroganz und aktionshemmende Resignation. Die zeitgemäße Aufgabe der Sozialdemokratie in einer neuen geschichtlichen Phase ihrer Entfaltung sah er in der flexiblen Konzeption ihres politischen und geistigen Standortes zwischen Faschismus und Bolschewismus.

Auf die heranwachsende Generation des demokratischen Sozialismus hat er in den Reihen der damaligen jungsozialistischen Bewegung in Wort und Schrift großen und nachwirkenden Einfluß ausgeübt. Mit Franz Osterroth, August Rathmann, Heinrich Deist, Gustav Dahrendorf, Gustav Warburg bemühte er sich inner-

Julius Leber und Theodor Haubach sowie die Geschwister Scholl und all die anderen bekannten und unbekanntenen Opfer des Widerstandes gegen Hitler und Roland Freisler übergeht oder an den Rand der Geschichtsbetrachtung drängt, macht sich schuldig, Opfer des Kampfes für Menschlichkeit und freiheitliche Demokratie, die in unvorstellbaren Situationen ihr Leben einsetzten und in vielen Fällen verloren, auf die Schattenseite der Geschichte zu verbannen.

Wenn je von einem Aufstand des Gewissens geredet und geschrieben werden konnte und kann, dann im Zusammenhang mit dem Geschehen um den 20. Juli 1944, dem Attentat auf Adolf Hitler und der Verfolgungssorgie durch den „Volksgerichtshof“ unter dem berüchtigten Roland Freisler. Der „Aufstand des Gewissens“, der im Geschehen des 20. Juli 1944 seinen sichtbaren Ausdruck fand, ist ein Lehrstück unserer jüngsten Geschichte, das nicht vergessen werden darf. Sein tragisches Scheitern ist dabei nicht minder wichtig, als seine menschliche und sittliche Größe. Es zeigt, daß sofort und entschlossen Widerstand geleistet werden muß, wenn die Grundprinzipien der Demokratie pervertiert werden, wenn ihre Toleranz von Vertretern intoleranter politischer Glaubenslehren mißbraucht wird. Sonst ist es zu spät.

FRANZ HRON, Bad Vilbel

halb des „Hofgeismarkreises der Jungsozialisten“, dem von der älteren Generation Prof. Dr. Gustav Radbruch, Prof. Dr. Hermann Heller, Prof. Dr. Eduard Heimann, Prof. Dr. Hugo Sinzheimer, Prof. Dr. Paul Tillich, Karl Bröger u.a. gesinnungsgemäß nahestanden, um ein fruchtbares Verhältnis der Arbeiterbewegung zu Volk und Staat und um die Gestaltwerdung eines undogmatischen humanen Sozialismus. Seine besondere Aufgabe entsprach der historischen Notwendigkeit, die Partei der Arbeiterbewegung auch in der vorgegebenen Klassengesellschaft zu befähigen, die Republik als die zukunftssträchtige Staatsform der werdenden sozialen Demokratie mit Leben zu erfüllen und zu verteidigen.

Aus der wachen Erkenntnis der herausziehenden Gefahr des Faschismus wurde Theodor Haubach 1924 zu einem der Mitbegründer und profiliertesten Köpfe des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Als hervorragender Redner, ideenreicher Organisator und brillanter Publizist hat er mit dieser großen überparteilichen, aber hauptsächlich von Sozialdemokraten gestützten Massenorganisation ein Bollwerk gegen die Totengräber der jungen Republik (Stahlhelm, SA, SS, Roter Frontkämpferbund) schaffen helfen. Leider konnten viele seiner logischen Vorstellungen und kämpferischen Aktionen durch den Kleinmut und die Uneinsichtigkeit innerhalb der verantwortlichen Gremien nicht verwirklicht werden.

Nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten wurde Theodor Haubach mehrmals verhaftet, in „Schutzhaft“ genommen. Ende 1934 kam er für 2 1/2 Jahre ins KZ Börgermoor. Nach seiner Entlassung beschäftigte er sich intensiv mit philosophischen Problemen, mit der Hölderlinforschung, er las systematischer als in früheren Jahren die antiken Klassiker, die Scholastiker, Hegel, die historischen Werke der Ricarda Huch und wuchs auch immer mehr in eine Religiosität hinein, die von dem „Ruf des verborgenen Gottes“ bestimmt wurde. Es ging ihm „um die letzten Fragen menschlicher Erkenntnis.“

Mit seinen sozialdemokratischen Gesinnungsfreunden Dr. Julius Leber, Dr. Carlo Mierendorff, Prof. Dr. Adolf Reichwein, Emil Henk, Wilhelm Leuschner schloß er sich 1943 dem illegalen „Kreisauer Kreis“ des Grafen Helmut James von Moltke an, dem Persönlichkeiten verschiedener Herkunft und politischer Einstellung angehörten und dem es um die Beseitigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und um die Vorbereitung einer neuen rechtsstaatlichen nur humanen Lebensordnung ging. Haubach war nach den Plänen des Kreises als Informationsminister eines neuen freien Deutschland vorgesehen. Er erwies sich innerhalb dieser Fronde als ein umsichtiger und geschickter Konspirator mit vielen Querverbindungen, die bis in die Gestapo hineinreichten. Seine Berliner Freunde trafen sich oft mit ihm bei „Mehlgarten“ am

Olivaer Platz, einem den Gestapospitzeln unbekannt gebliebenen Treffpunkt antinationalsozialistischer Literaten, Journalisten, Schauspieler. Unvergeßlich die Gespräche in seiner Wohnung in der Brengener Straße und nach deren Ausbombung, November 1943, am Falkenweg im Berliner Grunewald, bei Adolf Reichwein in Friedenau oder bei Hans W. Fischer, Cheflektor der Deutschen Buchgemeinschaft im Zehlendorfer Fischtal 21, bis Haubach, im Zusammenhang mit der Verschwörung vom 20. Juli 1944 abermals verhaftet, von Freislers „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 23. Januar 1945 hingerichtet wurde.

Dieser noble Offizier des demokratischen Sozialismus, dieser große Deutsche im Sinne Fichtes, Kants, Hegels und Lassalles, der in seinem Wesen die besten Tugenden einer neuen Generation verkörperte, erlitt den grausamen Tod, wie Alma de l'Aigle schrieb, wahrlich „auf dem Felde der Ehre“.

PROF. WALTHER G. OSCHILEWSKI

Mitbegründer des „Freiheitsbundes e.V.“ Berlin
als Reichsbanner-Mitglied vor 1933 Mitarbeiter der Zeitschrift
„Das Reichsbanner“

ZUM TODE VON WILHELM KAISEN

Reichsbanner-Bundesvorsitzender Hubertus **Prinz zu Löwenstein** hat mit einem Schreiben an Bremens Bürgermeister Hans **Koschnick** nicht nur einer Ehrenpflicht genügt, sondern konnte aus einer persönlichen Bindung heraus dem Menschen und Demokraten Wilhelm Kaisen einen von Herzen kommenden Nachruf widmen, hatten doch Frau und Töchter nach Rückkehr aus dem Exil zuerst in Bremen den Boden eines freien Deutschlands betreten können. Diese Worte werden in der Autobiographie „Abenteurer der Freiheit“ zum steten Gedenken an Wilhelm Kaisen wieder erscheinen. In seinem Antwortschreiben ist nicht nur der offizielle Dank eines Bürgermeisters enthalten, sondern auch die Würdigung eines Menschen, „der unter dem Unheil besonders gelitten und das Glück hatte, Kaisen persönlich zu begegnen“

Bücher

GLEICHHEIT GLEICHHEIT ÜBER ALLES

„Alltag zwischen Elbe und Oder“ nennt Tina Österreich den Untertitel ihres zweiten Buches. Das erste „Ich war RF“ (Republik-Flüchtling) hatte sie bekannt gemacht. Als die Schriftstellerin unter ihrem bürgerlichen Namen Dagmar Suckert anlässlich einer Autorenlesung die Kurzgeschichte „Der 'Schandfleck'“ aus dem hier vorliegenden Buch (70 Anekdoten) vortrug, hatte sie einen besonders großen Zuspruch zu verzeichnen. Der Rezensent fühlte sich dabei an Maxim Gorki erinnert, der mit seinen Alltagserzählungen (Die Mutter — Meine Kindheit — Meine Universitäten u.a.) die politischen Verhältnisse seiner Umgebung offenbarte, ohne den politischen oder ideologischen Zeigefinger zu benutzen. Doch leider entwertet Tina Österreich schon im Vorwort ihre talentierten Möglichkeiten. Sie will wohl politisch aufklären, aber zugleich sich selbst eines Engagements und der eigentlich zwangsläufigen Konsequenz enthalten. „Kein Buch **gegen** die DDR, nein, ein Buch **über** die DDR!“ schreibt sie. Ihre Geschichten könnten gut und gerne in jedem anderen Staate auch geschehen, das Urteil sei aber Sache des Lesers, meint sie. Schade! Mangelndes Zielbewußtsein hat nur eine kurze Wegstrecke. Nichtsdestoweniger ist das Buch eine leicht lesbare und empfehlenswerte Lektüre.

Robert Becker

**Tina Österreich: Gleichheit Gleichheit über alles —
Alltag zwischen Elbe und Oder — Ln. 283 Seiten
Seewald Verlag Stuttgart 1978 — DM 19,80**

**Werben auch Sie für uns !
Benutzen Sie die beiliegende
Werbeantwortkarte —
auch für Buchbestellungen**

DAS ECHO

Widerhall auf Simon Wiesenthal

Der Bonner Journalist Rolf Vogel, den Lesern dieses Forums aktiver Demokraten bereits bekannt durch sein Buch „Die Juden in deutschen Armeen“, wofür er sowohl als Oberleutnant der Reserve der Bundeswehr als auch als jüdischer Mitbürger besonders prädestiniert war, zeichnet nunmehr verantwortlich für das für Gegenwart und Nachwelt wichtige Festhalten der Lebensarbeit eines Mannes wie Simon Wiesenthal — selbst Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft —, und seiner Handlungsweise. Nach einem persönlichen Geleitwort wiederholt er die Begrüßungssprache Günther Wagenlehners anlässlich eines Vortrags von Simon Wiesenthal vor der „Vereinigung europäischer Journalisten“, worin er Beschimpfungen wie „Menschenjäger“, „Nestbeschmutzer“ oder „zionistische Agenten“ den ihnen gebührenden Platz zuweist. Wiesenthals Vortrag „Erfahrungen im Kampf gegen das Unrecht damals und heute“ führt über zu einer vollständigen Wiedergabe der ZDF-Sendung vom 2.3.78 „Ich jagte Eichmann“, einem Dokumentarfilm von Hans-Dieter Garbe. Selbst für diejenigen Leser, die die Sendung nicht selbst gesehen haben, wird das Nachlesen ein erschütterndes Erlebnis bedeuten. Die Auswahl der Briefe, die Wiesenthal nach der Sendung erhielt, finden sowohl durch Zustimmung, aber noch mehr durch Ablehnung zur dringend notwendigen Selbstbesinnung. Das Buch schließt mit der protokollarischen Wiedergabe der Verjährungsdebatte im deutschen Bundestag, deren unterschiedliche Meinungen, die quer durch alle Parteien gingen, von bleibendem Wert für die Nachwelt sind, nachdem das Ergebnis der namentlichen Abstimmung die Aufhebung der Verjährung für Mord ergab. Dieses Buch hat seine besondere Bedeutung darin, daß es denjenigen, die die Zeit des Nationalsozialismus nicht mehr persönlich erlebt haben, eine besonders anschauliche Aufklärung über diesen Zeitraum gibt. Es sollte daher in allen Schulen Verwendung finden.

S. K.

Rolf Vogel (Herausgeber): DAS ECHO-Widerhall auf Simon Wiesenthal — Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Zeitprobleme e.V., Bonn Nr. 23 Seewald Verlag Stuttgart-Degerloch 1979 154 Seiten DM 19,80

WEHREERZIEHUNG VORMILITÄRISCHE AUSBILDUNG DER KINDER UND JUGENDLICHEN IN DER DDR

An Hand von Dokumenten, Verordnungen und sonstigen DDR-Quellen weisen zwei Fachleute nach, mit welcher unerbittlichen Konsequenz bereits im Kindergarten — fortgesetzt in Schule, Betrieb und Jugendorganisation — kritiklose Ausführungsorgane des Zentralkomitees der SED herangezogen werden sollen. Zweifelsohne wird dadurch erreicht, daß die DDR-Jugend physisch und psychologisch besser vorbereitet ihre aktive Militärdienstzeit beginnt als in Staaten, die eine vormilitärische Ausbildung nicht kennen und dadurch eine längere Grundausbildung benötigen, wodurch Spezialausbildung und Einsatzbereitschaft beeinträchtigt werden. Auch Deutsch-, Musik- und Kunstunterricht werden emotionell eingesetzt, um Liebe zur NVA (Nationale Volksarmee) wie auch zur Sowjetunion zu wecken. Inwieweit die vorgegebenen Erziehungs- und Ausbildungsziele erreicht werden, ist mangels Einsichtsmöglichkeit in Auswertungsmaterial der DDR nicht nachweisbar. Lediglich aus den bekanntgewordenen Opposition gegen das Schulfach „Wehrunterricht“ kann geschlossen werden, daß offizielle Verlautbarungen über die Wehrbereitschaft und tatsächlicher Stand sich nicht decken. Die vorliegenden Dokumentation ist aber zweifels- ohne ein beweiskräftiges Diskussionsmaterial gegenüber Kreisen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich nur allzu leichtgläubig dem von Ost-Berlin bzw. Moskau raffiniert gesteuerten „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ anschließen, damit Verteidigungswillen und -bereitschaft der Bundesbürger schwächen und somit indirekt die von Agressionswillen und „Feindbild“ geprägte NVA im Wert erhöhen.

S.K.

Jürgen Hartwig/Albert Wimmel: Wehrerziehung und vormilitärische Ausbildung der Kinder und Jugendlichen in der DDR — Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Zeitprobleme e.V. Bonn Band 14 Militärpolitik — brosch. 207 S. mit ausführlichen Anmerkungen, Literaturangaben sowie 4 Anlagen über einschlägige Erlasse, Gesetze, Statuten, Verordnungen — Seewald Verlag Stuttgart-Degerloch 1979 DM 19,80

PERSONALIA

80 UND 90 JAHRE

Franz Osterroth ist im März 80 Jahre alt geworden. Von 1928 bis 1933 wirkte er als Redakteur der Bundeszeitung „Das Reichsbanner“. 1934 ging er ins Exil. Der Verfasser der Dokumentation „Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ Karl Rohe hat in großem Ausmaße auf Unterlagen zurückgegriffen, die ihm Franz Osterroth zur Verfügung gestellt hatte. Schade nur, daß Franz Osterroth nach seiner Rückkehr nicht selber wieder für den umfassenden Reichsbanner-Gedanken geworben hat.

Ernst Heß, langjähriges Vorstandsmitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer — und Verfolgtenverbände e.V., wurde — ebenfalls im März — 90 Jahre alt. Er emigrierte nach Bozen, wurde im Krieg aber zurückgeholt und zur Zwangsarbeit herangezogen. Seine Mutter und seine Schwester wurden nach Auschwitz deportiert, letztere dort ermordet. Nach dem Kriege war Ernst Heß Bundesbahnpräsident. Er war Mitbegründer des Verbandes für Freiheit und Menschenwürde e.V., der seinerzeit als Gegengewicht zur kommunistenfreundlichen VVN gegründet worden war.

LESER SCHREIBEN

Martin Anson, Glasgow/Schottland, ehemals Martin Ansbacher, Jungbanner Charlottenburg 1931 — 1932: „Ich lese die Artikel im „Reichsbanner“ mit großer Aufmerksamkeit und erinnere mich noch mit Schande an die Tage der Amtsübernahme bei von Papen, wenn unsere Preussischen „Starken“ Regierungsmänner sich wie Zigeuner heraus schmeißen ließen und uns im Reichsbanner der Kampf verboten wurde, für den wir alle seit Jahren uns vorbereitet hatten. Es dürfte Ihnen vielleicht interessant sein, daß trotz meiner Auswanderung hierher im Jahre 1939 (nach kurzem Aufenthalt in Dachau) ich meine Verbindung zum Reichsbanner-Gedanken und meine Gefühle für meine früheren Kameraden nicht verlor. Ich schrieb während des Krieges einige Briefe an die Britische Regierung, um ihre Aufmerksamkeit auf das frühere Reichsbanner zu lenken mit dem Hinweis, daß nach der Besiegung der Hitler Regierung ehemalige Reichsbanner Mitglieder als leitende Kreise einer neuen deutschen demokratischen Verwaltung die beste Garantie von Mitarbeit bieten würden. Ob man jemals von meinen Briefen Notiz genommen hat, weiß ich natürlich nicht.“

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

WILHELM HOEGNER

23. September 1887 — 5. März 1980

Unser Bundesehrenmitglied und alter Kamerad Dr. Wilhelm **Hoegner**, Ministerpräsident a.D., hat uns nach nur kurzer Krankheit verlassen. Seine Urne wurde am 21.3.80 auf einem Ehrenplatz vor der Aussegnungshalle des Friedhofs am Perlacher Forst in München im Beisein seiner Familie, Freunde und Kameraden unter dem Senken einer alten Münchner Reichsbannerfahne,¹⁾ umgeben von einer großen Zahl von Kränzen mit ehrenden Kranzschleifen — unter ihnen die des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold — still beigesetzt. Als letzten Gruß legte jeder eine rote Nelke neben die Urne.

Am Abend des gleichen Tages hatte „Die bayerische SPD“ zu einer Gedenkfeier in das Künstler-Haus am Lenbachplatz eingeladen. Der jugendliche Landtagsabgeordnete **Naumann** eröffnete die Feierstunde mit einer kurzen Begrüßung unter Bekanntgabe des Protokolls. Bundesjustizminister Dr. Hans-Jochen **Vogel** sprach über „Wilhelm Högners Vermächtnis“ und zeichnete in kurzen Strichen den Lebensweg des noch unter dem „Sozialisten-Gesetz“ in der Gemeinde Riem als siebentes von dreizehn Kindern eines Arbeiterhepaares geborenen Politikers nach. Trotz der Überheblichkeit und des damals noch gezeigten Standesdünkels wohlhabender Familien legte er 1907 am Münchner Ludwigsgymnasium als Jahrgangsbester das Abitur ab. Er schrieb noch im gleichen Jahr an Georg von Vollmar jenen denkwürdigen Brief, in dem er bat, ihn als politischen Mitstreiter anzunehmen. 1920 Staatsanwalt im bayerischen Justizdienst, wurde er 1924 in den bayerischen Landtag und 1930 in den Reichstag gewählt. Seine Erstlingsrede vom 18.10.30 gegen den Nationalsozialismus machte ihn auf der politischen Arena so berühmt, daß er einer der gesuchtesten Redner seiner Partei wurde. So selbstverständlich wie er am 23.3.33 im Reichstag — wie später am 29.4.33 im bayerischen Landtag — gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte, so bitter war für ihn die nächtliche Flucht vor Morddrohungen und Verfolgungen über das Karwendelgebirge nach Tirol, von wo aus er den Weg in das Schweizer Asyl fand. Am 6.6.45 nach München zurückgekehrt, beruft ihn die amerikanische Besatzungsmacht am 23.9.45 zum bayerischen Ministerpräsidenten, als der er, gemeinsam mit Hans **Nabiasky**, die bayerische Verfassung entwirft, die, mit 2/3 Mehrheit

vom Volk gebilligt, am 8.12.46 in Kraft tritt. Unter Ministerpräsident Hans Erhard dient er bis Juli 1947 als Justizminister und von 1950 bis 1954 als Innenminister. Unter seiner Federführung entstehen die bayerischen Gemeindeordnung und die bayerischen Polizeigesetze. Am 8.12.44 wird er zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt. Auch für eine fortschrittliche Bildungspolitik hat er durch Schaffung der christlichen Gemeinschaftsschule die Weichen gestellt. Bis zuletzt hat er an den Vorstandssitzungen seiner Partei aktiv teilgenommen und sich sogar noch einen Tag vor seinem Tode ausführlich Bericht erstatten lassen.

Bundestagsabgeordneter **Dr. Rudolf Schöffberger** sah in seinem „Doktor-Vater“ den „Mann des Rechts und der Gerechtigkeit“, den er als den bedeutendsten Rechtslehrer an der Münchner Universität bezeichnete, der sogar noch nach seiner Erblindung richtungsweisende Vorlesungen vor dem juristischen Nachwuchs hielt. Sein Biograph **Peter Kritzer** las Stellen aus der von ihm verfaßten Biographie „Wilhelm Hoegner“ sowie aus noch unveröffentlichten Dokumenten, wobei er dem oft gehörten Vorwurf des bayerischen Separatismus entgegenhielt, daß der erste bayerische Ministerpräsident nach 1945 jedem Verhaftung und einen Prozeß wegen Landesverrates androhte, der nur den Versuch machen würde, österreichischen Wünschen auf Abtretung bayerischer Gebietsteile Vorschub zu leisten.

Der noch inzwischen eingetroffene österreichische Bundeskanzler **Kreisky** brachte Beispiele aus seiner persönlichen Begegnung, wobei er besonders hervorhob, daß Hoegner während seines Aufenthalts im österreichischen Exil nach seiner Flucht vor den ihn verfolgenden Nationalsozialisten über das Karwendel-Gebirge, den Landesvorsitz der österreichischen Sozialdemokraten in Tirol übernahm, bis er in der Schweiz seinen Asyl-Aufenthalt nehmen mußte.

Siegfried Keiling, der als stellvertretender Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold besonders begrüßt worden war, sprach in aller Kürze zur Familie Hoegner und den Teilnehmern der Gedenkfeier: „Auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold/Bund aktiver Demokraten hat heute auf dem Friedhof am Perlacher Forst von seinem Ehrenmitglied und alten Kameraden Wilhelm Hoegner Abschied genommen unter einer geretteten alten Münchner Reichsbanner-Fahne vom Jahr 1926 der Kameradschaft München-Brudermühl-Viertel, die die Inschrift trägt, „Das Banner steht, wenn der Mann auch fällt“. Die Bundesdelegierten-Konferenz des Reichsbanners hat Ende vergangenen Jahres in der alten Reichshauptstadt Berlin dem alten Kameraden Wilhelm Hoegner die Bundesehrenmitgliedschaft verliehen. In seinem Antwortschreiben führte Wilhelm Hoegner u.a. aus: In den Jahren der Kämpfe mit dem Nationalsozialismus ist mir das Reichsbanner gerade auch in Bayern stets ein zuverlässiger Schutz gewesen, ohne den ich wahrscheinlich auf der Strecke geblieben wäre. Die Auszeichnung mit der goldenen Ehrennadel des Reichsbanners sollte anlässlich der nächsten Reichsbanner-Veranstaltung in München erfolgen. Ich habe nunmehr den ehrenvollen Auftrag, diese Auszeichnung in die Obhut der Familie Hoegner zu übergeben. Wir haben einen guten Kameraden verloren, für sie, verehrte Familie Hoegner, war er mehr!“ Mit diesen Worten wurde die Ehrennadel in einer kleinen roten Schatulle der Witwe Anna Hoegner übergeben.

Der anschließend gezeigte Tonfilm brachte Szenen aus der bayerischen Arbeiterbewegung, war noch persönlich von Wilhelm Hoegner kommentiert worden. In der Hauptsache wurden in dem Film die gewaltigen Aufmärsche des Reichsbanners mit seinen Stamm- und Schutzformationen in der bayerischen Hauptstadt gezeigt. Die Marschschäulen der „Hammerschaften“ der Gewerkschaften sowie Einheiten des „Sturmvogel“, der Turn- und Sportverbände brachten die Tage der „Eisernen Front“ in Erinnerung und schlossen mit Aufnahmen von der Annahme des „Ermächtigungsgesetzes“ durch den Reichstag in Berlin gegen die Stimmen der SPD sowie mit Bildern der Anklage aus den dann folgenden Ereignissen, der Konzentrationslager, des Krieges und der zerstörten Städte, um mit dem Wiederaufbauwillen der Bevölkerung und bereits in Trümmern wieder spodiq Kindern Hoffnungen zu versinnbildlichen.

Max von **Heckel** sprach mit seinem Schlußwort den Dank an die Teilnehmer dieser Feierstunde aus.

¹⁾ Die Fahne trug der junge Kamerad Max Reitmeier.

DER HESSISCHE KULTUSMINISTER ANTWORTET

Aus aktuellem Anlaß bat der Landesverband Hessen des Reichsbanners in einem Schreiben an den Hessischen Kultusminister Dr. Hans **Krollmann** um Unterstützung, die hessischen Schulen und damit die heranwachsende Generation vor der geistigen Unterwanderung durch totalitäre Demagogen zu schützen. Anlaß war ein Rundschreiben an alle Schulen durch den Landes- schulsprecher der Schülervertretung des Landes Hessens Michael **Speier** in dem empfohlen wurde, die Wochenzeitung „die tat“ der kommunistischen VVN als Unterrichtsgrundlage zu bestellen. Michael **Speier** ist Mitglied der SDAJ. Gleichzeitig wurde in dem

Rundschreiben von dem Landesvorsitzenden der JUNGEN PRESSE Hessen Peter **Eickmann** „die tat“ und deren Redaktion als beispielhaft für den bevorstehenden Anti-Zensur-Kongreß der DEUTSCHEN JUGENDPRESSE empfohlen. Hier wurde ungeniert eine prokommunistische Agitation, die mit den strengsten Zensurmächten der Welt unverbrüchlich verbunden ist, als richtungswesend für den „Anti-Zensur-Kongreß“ vorgeschlagen.

Wir freuen uns über die prompte Handlung des Hessischen Kultusministers Dr. Hans Krollmann. Mit seinem Schreiben an den Reichsbanner-Landesvorsitzenden Helmut **Esser** bedankte er sich für den Hinweis und erklärte mit aller Deutlichkeit seine Übereinstimmung mit unserer Bewertung der Angelegenheit. Er hat auch den verantwortlichen Rundschreibern diese Stellungnahme klargemacht. Herr Speier ist von seinem Amt zurückgetreten.

„DROHT EIN NEUER FASCHISMUS?“

Wir fragen die Jungsozialisten des Hochtaunuskreises, wie sich eine gemeinsame Veranstaltungswoche der Jusos, also der Jugendorganisation der SPD und der – laut Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums – eindeutig kommunistischen Organisation VVN mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD verträgt, der eine Zusammenarbeit zwischen SPD und VVN ausschließt und mit Parteiausschluß bedroht? Die im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold/Bund Aktiver Demokraten e.V. und dessen Dachorganisation Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWW) zusammengeschlossenen Mitglieder von CDU, FDP und SPD sowie parteilosen Demokraten werden auf ihrer öffentlichen Veranstaltung am Samstag, dem 10. November 1979, um 16 Uhr in Forum des Stadthauses von Bad Homburg durch den Vorsitzenden der UDWW Georg **Prinz**, stellv. Stadtverordnetenvorsteher (SPD) in Hofheim u.a. die Antwort darauf geben, denn wer nicht gleichzeitig den braunen und den roten Faschismus bekämpft, ist zumindest unglaubwürdig. Bei aller persönlicher Tragik hatten die kommunistischen Widerstandskämpfer im „Dritten Reich“ nur das eine Ziel, den braunen durch den roten Faschismus zu ersetzen, und haben damit jedes Recht verwirkt, die Jugend über den Widerstand aufzuklären.

gez. Siegfried Keiling

Stellv. Bundesvorsitzender

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold/

Bund aktiver Demokraten e.V.

(Anm. d. Red. Diese Leserschrift erschien in den Zeitungen Frankfurts und des Hochtaunuskreises)

GEGEN EXTREMISMUS UND FÜR EUROPA

Dies waren die Schwerpunkte der Jahresversammlung des Ortsvereins Frankfurt am Main im „Haus Gallus“. Die Berichte über Tätigkeit und Finanzlage signalisierten eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung des Ortsvereins. Berichte und Nachwahlen sowie Entlastung des Kassenverwalters waren in relativ kurzer Zeit erledigt, so daß genügend Zeit für den Vortrag des Ortsvereinsvorsitzenden Siegfried **Keiling** blieb. Sein Thema: „Unsere Aufgabe: Kampf dem Extremismus rechts und links“. Da in Frankfurt am Main und Umgebung Rechtsextremisten ihr Unwesen treiben, war es selbstverständlich, daß Nazibuchladen, Hakenkreuzschmierereien u.ä. sowohl im Vortrag als auch in der Diskussion Vorrang hatten. Bezüglich der Tätigkeit in der kommenden Zeit wurde festgelegt, daß das REICHSBANNER auch weiterhin im örtlichen Europawahlkomitee mitarbeitet und daß am 17. Mai im „Haus Dornbusch“ in einer öffentlichen Versammlung der Bundesvorsitzende, Dr. jur. Hubertus Prinz zu Löwenstein, über aktuelle Probleme sprechen wird.

CHINA HEUTE – RUSSLANDS GEGENPOLZ?

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold/Bund Aktiver Demokraten e.V. berichtete der stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Alfred **Körner** über seine erst kürzlich beendete Filmreise durch das China von heute. Wenn Film und Vortrag auch überwiegend kulturelle Aspekte aufweisen, dürfe – so der Vortragende – doch nicht vergessen werden, daß es sich bei China und der Sowjetunion um zwei kommunistische und diktatorisch gelenkte Staaten handele, deren gemeinsames Vorgehen zur Zeit nur durch den starken machtpolitischen Gegensatz vereitelt würde. Die Filmreise durch die Schönheiten der vielseitigen Landschaft Chinas führte mit Flugzeug, Eisenbahn, Bus und Schiff rund 9000 Kilometer durch dieses Land. Vom Ausgangspunkt Hongkong ging die Reise über Kanton mit einem interessanten Messebesuch in dieser Zweimillionenstadt nach Peking mit seinen wieder im alten Glanze erstrahlenden Kaiserpalästen in der früher „verbotenen Stadt“. Der nur aus Holz bestehende „Himmelstempel“, das Wahrzeichen Pekings, und die Grabstätten der Ming-Dynastie wechselten mit modernen Regiebauwerken, die zum Teil noch von den Sowjets geschaffen wor-

den waren, und einem Zoo-Besuch mit den seltenen schwarz-weißen Pandabären. Die in 200 jähriger Bauzeit entstandene „Chinesische Mauer“ mit einer Länge von 10.000 Kilometern ist aber zum großen Teil dem Verfall preisgegeben und nur über je einen Kilometer beiderseits Pekings wieder restauriert. Shanghai, mit 14 Millionen Einwohnern größte Stadt und bedeutendster Hafen, durfte auf dieser Reise natürlich nicht fehlen. Auf einer 26-stündigen Eisenbahnfahrt führte der Weg durch fruchtbare Ebenen mit Reis-, Baumwoll- und Maulbeerfeldern, weiter nach Kweilin mit seinen bizarren, kegelförmigen Bergen. Der Film verschaffte nicht nur Einblick in chinesische Krankenhäuser mit Akupunktur-, Akupressions- und Heilkräuterbehandlung, sondern auch in Schulen, Fabriken und Werkstätten. Besonders interessant war der Besuch einer Volkskommune mit 72.000 Einwohnern mit 17.000 Familien, die ausschließlich von Fischzucht und Seidengewinnung leben. Daß neben Fabriken, Eisenbahnknotenpunkten und Hafenanlagen nicht nur Drachenschunken, sondern auch Kriegsschiffe jeglicher Art einschließlich eines atomgetriebenen U-Boots gezeigt wurden, zeugte von dem Bestreben des Vortragenden, einen umfassenden Einblick in die volkreichste Nation der Erde mit fast einer Milliarde Menschen zu gewinnen, die in dieser kritischen Weltlage auch für den freien Westen von allergrößter Bedeutung ist. Vorsitzender Siegfried **Keiling** faßte den Dank der zahlreichen Besucherchaft an den Vortragenden zusammen mit dem Hinweis, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – inzwischen auch als Gemeinnützige Körperschaft mit dem Aufgabengebiet Erziehung, Volksbildung und Völkerverständigung anerkannt – seine Öffentlichkeitsarbeit mit mindestens vier großen Veranstaltungen im Jahr fortsetzen wird. Daneben läuft für die Mitglieder eine intensive politische Schulungsarbeit und steht ein politischer Film-Vortragsdienst für Schulen und andere Institutionen zur Verfügung, der sich insbesondere mit dem „Dritten Reich“ und dem Rechts- und Links-extremismus von heute auseinandersetzt.

BILDUNG

(Bonn) Zur „Aufklärung“ der Jugend über die NS-Zeit wird die Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 1980 aus Steuermitteln eine Million Mark zusätzlich erhalten. Die auf einen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion erfolgende finanzielle Aufstockung soll für den weiteren Ausbau von KZ-Gedenkstätten und für die Bezeichnung von Schulklassenfahrten nach ehemaligen Konzentrationslagern verwendet werden.

BEILAGENHINWEIS

Ansprache des Vizepräsidenten der L'Union Internationale de la Résistance et de la Déportation Dr. Léon **Boutbien**, Großoffizier der französischen Ehrenlegion, vor der Arbeitstagung der U.I.R.D. im Frankfurter Römer vom 1.XII. 1979. Weitere Exemplare über „Das Reichsbanner“ erhältlich.

Das Reichsbanner, Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold/Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin. Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWW).

Nr. 2 – Mai 1980 – 24. Jahrgang – erscheint seit 1924

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, Kronberger Str. 43, 6000 Frankfurt 1, Postfach 4007 Ruf (0611) 72 79 70

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft, Kto-Nr. 10077651 Stadtparkasse Frankfurt/Main, Kto-Nr. 207167 Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 51115–600

Verantwortlich: Robert Becker, Offenbach – Helmut Esser, Rüsselsheim, – Siegfried Keiling, Bad Homburg – Fritz König, Frankfurt – Hubertus Prinz zu Löwenstein, Bonn – Georg Prinz, Diedenbergen.

Gerichtsstand und Erfüllungsort Frankfurt/Main.

Druck: Foto-Druck-Color, Frankfurt, Königsberger Str. 8, Tel. (0611) 77 67 74 / 77 18 36.

Die unter Verfassernamen oder Kurzzeichen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar und unterliegen allein der Verantwortung der Verfasser.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangaben gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung zweifach. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Einzelheft DM 1,50 – Jahresabonnement DM 6,- zuzüglich Versandkosten.

Abbestellung bis sechs Wochen vor Jahresschluß.

Redaktionsschluß am 1., Anzeigenschluß am 5. jeden 3. Monats. (Feb. Mai. Aug. Nov.)